

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung  
SES

**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung

**Band:** 2 (1983)

**Heft:** 3: Energie + Arbeitsplätze

**Rubrik:** Energieszene

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Steuerstreit

zwischen den Maggia- und den Blenio-Kraftwerken und dem Kanton Tessin kam an der Generalversammlung der beiden Gesellschaften zum Ausdruck. Der Kanton Tessin, der von beiden Gesellschaften je 20 Prozent der Aktien besitzt, stimmte den Rechnungen nicht zu und enthielt sich der Stimme.

Die Maggia- und die Blenio-Kraftwerke sind sogenannte Partnerwerke, die mehrheitlich den grossen Elektrizitätsgesellschaften der Deutschschweiz gehören und die den im Tessin produzierten Strom praktisch zum Selbstkostenpreis übernehmen. Die Steuern fallen deshalb zum grössten Teil in den Kantonen an, wo die grossen Elektrizitätsgesellschaften ihren Sitz haben. Dadurch fühlen sich die Bergkantone benachteiligt, die deshalb vereinbarten, eine neue Steuerpraxis einzuführen. Anfang Jahr hat nun der Kanton Tessin den beiden Kraftwerkgesellschaften eine neue Steuerveranlagung zukommen lassen, mit der die Steuern praktisch verdoppelt werden. Die beiden Gesellschaften haben bei den kantonalen Steuerbehörden Beschwerde eingereicht, die – wenn sie abgewiesen wird – ans Obergericht weitergezogen werden kann.

Staatsrat Fulvio Caccia, der auch Präsident der Eidgenössischen Energiekommission (EEK) ist, erklärte als Vertreter des Kantons Tessin, vor den beiden Versammlungen, dass die Tessiner Regierung sich entschieden habe, die Rechnung nicht zu genehmigen, weil die Kraftwerkgesellschaften gegen die neue Besteuerungspraxis Beschwerde eingereicht hätten und weil sich der Kanton und die Gesellschaften in einem Steuerungsverfahren gegenüberstünden.

## Traum ausgeträumt

Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften haben sich in den vergangenen Wochen mit den anstehenden Strompreiserhöhungen befasst. Für die «Basler Zeitung» (Nr. 182 vom 6. August) ist der «Traum vom billigen Atomstrom ausgeträumt», wenn sie schreibt: «Auf den 1. Oktober sind Strompreiserhöhungen angesagt. Die Elektrizitätswerke sind in der Kostenklemme, der Strom aus den Atomkraftwerken wird immer teurer. Gleichzeitig forcieren die Stromverkäufer mit

Discountpreisen den Einsatz von Strom in Elektrospeicherheizungen. Die Werke wollen einen grösseren Happen des Energiemarktes. Die Rechnung zahlen die Verbraucher – sie müssen künftig mit hohen Tarifen leben.»

Das Blatt zitiert sodann den Direktionspräsidenten der Bernischen Kraftwerke (BKW), von Werdt, der «durch politische Auflagen» den «billigen Strom» gefährdet sieht. Bei der NOK das gleiche Lied: «Die enorm erhöhten – um nicht zu sagen überspitzten – Sicherheitsanforderungen der Behörden» machen für Franz Josef Harder «einen bedeutenden Kostensteigerungsgrund». Auch für den Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) wurde der Strompreis durch «äussere Rahmenbedingungen verzerrt». Die beredte Klage der Stromverkäufer hat Sinn: Am 1. Oktober wollen sie trotz saftiger Gewinnsteigerungen dem Konsumenten mit einer 4,5- bis 11prozentigen Tarifierhöhung ans Geld – und gleichzeitig den Behörden und Atomenergiegegnern die Verantwortung für die Hausse zuschieben. Aber, so die «Basler Zeitung», das konzertierte Lamento kaschiert nur schlecht, was Energiefachleute schon längst wissen: Die von der Elektrowirtschaft als «billigste» Energie gepriesene Kernkraft erweist sich immer mehr als unberechenbare Teuerungstechnologie. Die Kosten für den Strom aus Atomkraftwerken sind kaum mehr absehbar. Die «Basler Zeitung» nennt in fünf Punkten die Gründe dafür:

Hier sind sie:

● **Teure neue AKW:** Der Atomofen Mühleberg kostet 320 Mio., für Gösgen mussten die Stromverkäufer schon 2 Mrd. hinblättern, Leibstadt wird mit 5 bis 6 Mrd. Fr. veranschlagt. Die Reaktorhersteller und AKW-Bauherren boten, im Kampf um Marktanteile, anfänglich mit Verlust an. Vom Ausrüster Westinghouse etwa ist bekannt, dass er mehrere 100 Millionen Anfangsverluste in Kauf nahm. Inzwischen haben sich die Konzerne den Markt aufgeteilt und kompensieren frühere Nachlässe über Preiszuschläge. Planungsfehler brachten zusätzliche Verteuerungen. Nach dem Harrisburg Unfall verfügten die Regierungen schärfere Sicherheitsanforderungen. Technische Probleme, wie etwa Haarrisse in den Kühlsystemen, machen Anpassungen notwendig. Bürgerproteste

verzögerten den Bau. Nachfolge-Technologien sind gar schwindelerregend teuer: Der Schnelle Brüter in Kalkar (BRD) soll auf 10 Mrd. DM zu stehen kommen.

● **Teurer Brennstoffkreislauf:** Die Preise für angereichertes Uran sind stark gestiegen. Die Wiederaufbereitung der Brennstäbe ist technisch-wirtschaftlich ungelöst. Nach Angabe von Marc Légeret, Direktor der Atel (Aare-Tessin AG für Elektrizität), sind unerwartet hohe Aufbereitungskosten in La Hague – wo die Cogéma-Anlage mit knapp 16% Effizienz arbeitet – ein wichtiger Grund für die Strompreiserhöhung seiner Gesellschaft im Frühjahr. In einer im Juni publizierten Studie veranschlagen die deutschen Spezialisten Franke/Vihus die langfristigen Wiederaufbereitungskosten auf 17 Pfennig pro Kilowattstunde. Wie teuer die Endlagerung des abgebrannten Stoffes wird, die auf Zehntausende von Jahren ausgelegt werden muss, ist nicht auszumachen. Es liegen keine ausführungsfähigen und damit kalkulierbare Projekte vor.

● **Teures Kapital:** Keine Energietechnologie ist so kapitalintensiv wie die Atomkraft. Steigende Zinssätze und Bauzeitüberschreitungen schlagen hart durch. Das Fremdkapital kostet beispielsweise die Leibstadt-Eigner täglich 550000 Fr.

● **Teure Reservehaltung:** Die Meiler sind extrem störanfällig: Nach einer unbedeutenden Undichtigkeit an einer Umwälzpumpe musste das AKW Gösgen an Pfingsten 1983 für 20 Tage auf 60% der Normalleistung heruntergefahren werden. Steigt einer der Stromriesen ganz oder teilweise aus, müssen sofort gleich grosse Reservekapazitäten ans Netz gehen. Jedes neue AKW erfordert nach helvetischer Energieplanung ein Viertel zusätzliches AKW als Reserve. Für Stromimporte bei Ausfällen legen die Elektrizitätsgesellschaften Millionen an.

● **Teure Umrüstung, teurer Abbruch:** Das KKW Beznau muss sicherheitstechnisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Kostenpunkt: mindestens eine halbe Mrd. Die Anpassung von Mühleberg veranschlagen die BKW mit 100 Mio. Fr. Die Abbruchkosten für einen Meiler schätzt die Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung (Agneb) im neuesten Jahresbericht auf 200 Mio. Fr. Diese Zahl wird von Kernenergiekritikern bestritten. Sie betrach-

ten den Betrag als um einen Faktor 10 zu tief angesetzt. Neue Hochrechnungen ergeben für einen 1300 MW-Atomofen 1,5 bis 4 Mrd. Abbruchtechnologien (SVA: «technisch gesichert») – etwa unverseuchbare Maschinen – müssen nach Auffassung der Kritiker erst entwickelt werden, sonst steht bloss neuer Atomschrott im altem Atomschrott.

In einem grossen Artikel befasst sich die «Weltwoche» (Nr. 31 vom 3. August) mit dem Atomkraftwerk Leibstadt. Unter dem Titel «Klammerheimlicher Skandal» wird dargelegt, weshalb es bei Leibstadt zu einer sechsjährigen Bauverzögerung und zu einer Kostenüberschreitung von 3,6 Milliarden Franken kam. Das Blatt zählt zahlreiche Ungereimtheiten auf. Budgetiert waren ursprünglich Kosten von 1,4 Milliarden Franken, jetzt spricht der jüngste Geschäftsbericht von Kapitalkosten in einer «Grössenordnung von 5 Milliarden Franken». Im Vergleich dazu kostete das AKW Gösgen zwei Milliarden Franken. Gab es beim Bau des AKW Gösgen keine Probleme, so schildert die «Weltwoche» ausführlich ein richtiges «Planungsdebakel» für Leibstadt. Nur im Schatten von Kaiseraugst sei dieses bisher nicht ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geraten. «Schlampe-reien und Koordinationsfehler auf dem Bauplatz» hätten ebenso zur Kostensteigerung beigetragen, wie politische Fehleinschätzungen beim Ablauf der Bewilligungsverfahren: So hat die KKL vor sechs Jahren – zu früh – eine Gruppe von über 40 Operateuren und Schichtleitern eingestellt, «obschon drei Jahre Ausbildung genügt hätten» (so Direktor Eugen Schumacher). Unter den jungen Ingenieuren auf Abruf machte sich darum eine «gewisse Unzufriedenheit» bemerkbar: An ein geradezu sinnliches Verhältnis zu Dampf und Druck, zu Röhren und Reaktionen gewöhnt, wollten sie endlich «einmal statt nur Stahl und Beton eine Maschine in Betrieb sehen». Verlegenheitshalber wurden die Spezialisten zu Schnupperlehren in andere Kernkraftwerke geschickt oder ihrerseits als Ausbilder beschäftigt. Drei Wochen lang konnte die Mannschaft diesen Juli erstmals das ohrenbetäubende Test-Dröhnen der Turbinen geniessen. Eugen Schumacher: «Das war Musik für unsere Ingenieure.» Metallene Laute drangen auch vom Bauplatz, als Monteure Kühlwasser-Rohrleitungen sandstrahlen mussten, die ein Jahr lang

ungebraucht im Freien rosteten. Verteuerung durch Verzögerung entstand auch bei der Bestellung des Brennstoffs: Beträge in Hundertmillionenhöhe hat die KKL bereits für eine fünfjährige Uranreserve bezahlt, die bis zum Gebrauch in amerikanischen Lagern ruht. Von «Schlamperei» und «Koordinationsfehlern» will KKL-Direktor Schumacher nichts wissen.

## Wie die AKW-Lobby versucht, in Basel Politik zu machen

Anfang Juli fand jeder Basler in seinem Briefkasten ein Flugblatt. Eine Arbeitsgemeinschaft «Besonnenes Basel», deren Drahtzieher sich feige hinter einer Postfachadresse verbargen, forderten die Basler auf, «mehr Sachlichkeit im gesellschaftlichen politischen Gespräch» zu zeigen, «zurück zu Toleranz und zu humanistischem Geist» zu finden. Mit ihrer Aktion wolle die Gruppierung, wie sie in einem Preetext mitteilte, verhindern, dass die Region durch einseitig ausgerichtete Organisationen in der schweizerischen Öffentlichkeit abgestempelt werde. Das Flugblatt forderte die AKW-Gegner-Organisationen auf, nicht gegen die Aves zu klagen, welche in Inseraten bekanntlich behauptet hatte, die Flugblätter der Basler Organisationen gegen Atomkraftwerke seien «made in UdSSR». Die so verleumdete Organisation klagten und erreichten eine einstweilige Verfügung. Die Aves musste zurücknehmen. Die Arbeitsgemeinschaft «Besonnenes Basel» aber hinderte das nicht, die gleiche Meldung weiter zu verarbeiten.

Bei Recherchen der Basler AKW-Gegner kam an den Tag, dass diese ominöse Arbeitsgemeinschaft im solothurnischen Hägendorf ausgeheckt wurde. Basler traten keine in Erscheinung, sondern nur Randfiguren, so der Marketing-Berater Ruedi Moser, der offen zugab, dass er diesen Auftrag übernommen hatte. Allerdings seinen Beitrag zu den «Besonnenen Baslern» hatte der Solothurner gratis geleistet. In der Hoffnung wohl, von der dahinter stehenden Atomlobby weiter fette Werbeaufträge zu bekommen. Der Auftrag der Atomlobby an das ortsfremde Werbebüro, in Basel Politik zu machen, ist kläglich gescheitert. Einzig die Atomlobby glaubt daran, dass der Widerstand gegen Kaiseraugst in der Region Nordwestschweiz zusammengebro-

chen sei. So meinte Atel-Direktionspräsident Ernst Trümpy an der Pressekonferenz im Juni: «Ich habe den Eindruck, dass im Baselbiet die Gegnerschaft nachgelassen hat.»

## Wie die Baselbieter Elektras gegängelt werden

Zwar hat auch das Baselbiet in verschiedenen Abstimmungen gegen jeglichen Bau von Atomkraftwerken Stellung bezogen und seine Regierung beauftragt, alles zu unternehmen, um den Bau von Atomkraftwerken zu verhindern. Einzig die beiden Elektras, die Elektra Birseck und die Elektra Baselland bejahen stur den Bedarf für weitere Grosskraftwerke. So auch in einem Brief an die nationalrätliche Kommission zur Rahmenbewilligung für das AKW Kaiseraugst. Wen wundert's, dass die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie die «mutige Offensive der Elektra Baselland» lobt. Dazu berichtete die «Basler AZ»: Das Ja der EBM zu einem «weiteren Grosskraftwerk» – zum Standort äussert man sich in Münchenstein intelligenterweise nicht – erstaunt wenig, wenn man die Zusammenhänge unter die Lupe nimmt und die Abhängigkeitsverhältnisse untersucht. Der Brief ist unterzeichnet von Fritz Jenny, Verwaltungsratspräsident, und Marc Boss, Direktor. Beide sitzen sie im Verwaltungsrat der Aare-Tessin AG (Atel), der Mitbetreiberin von Gösgen (zu 35 Prozent). Marc Boss gar als unterschrittberechtigtes Mitglied. Auch Leibstadt, Kaiseraugst und Graben gehört zu den Beteiligungen. An der Atel ist die EBM mit 9 Prozent beteiligt. Hin-gegen sind 72 Prozent der von der EBM verteilten Elektrizität Atel-Strom.

Bei all diesen Abhängigkeiten bleibt einer EBM nicht viel mehr als ein tatkräftiges Ja zu Kaiseraugst und zum Atomstrom an sich, hat die Atel beim AKW Gösgen doch die Geschäftsleitung. Es erstaunt auch ein wenig, dass von diesen Verfälschungen im EBM-Brief an die Nationalratskommission nicht die Rede ist. Zudem können die Atel-Trabanten in Münchenstein ruhig bleiben, auch die wenigsten Nationalräte kennen diese Abhängigkeiten.